

Let's have a party

Von Kurt W. Zimmermann — Der *Tages-Anzeiger* ist 125-jährig. Nur ein Problem trübt das Jubiläum. Das Problem ist der *Tages-Anzeiger*.

Wenn man in der neuen Mediengeschichte eine Story des Misserfolgs sucht, dann ist die Story schnell gefunden. Es ist die Story des *Tages-Anzeigers*.

Der *Tages-Anzeiger* feiert sein 125-Jahr-Jubiläum. Am 9. Mai steigt dazu die Party mit 3400 geladenen Mitarbeitern. Ich gratuliere also herzlich.

Damit genug der Herzlichkeit. Der *Tages-Anzeiger*, man kann es nicht anders sagen, ist die erfolgloseste Zeitung unter den grossen Titeln des Landes.

Vor zwanzig Jahren hatte der *Tages-Anzeiger* 731000 Leser. Heute sind es 380000. Das ist unfasslich schlecht.

Es ist in zwanzig Jahren ein Minus von 350000 Lesern. Das ist unfasslich, wenn man das Blatt mit anderen grossen Regionalzeitungen vergleicht. Bei einer *Luzerner Zeitung* und einem *St. Galler Tagblatt* zum Beispiel war die Leserschaft, fusionsbereinigt, in den letzten zwanzig Jahren konstant.

Es kann im Print zwei Gründe für einen solchen Einbruch geben. Es ist der Markt, oder es ist die Redaktion.

Im Markt zählt die bezahlte Auflage. Der *Tages-Anzeiger* hatte vor zwanzig Jahren eine Auflage von 282000 Exemplaren. Heute sind es noch 148000. Der lokale Mitbewerber *NZZ* hatte vor zwanzig Jahren eine Auflage von 160000. Heute sind es noch 113000.

Die Auflage des *Tages-Anzeigers* stürzte also ungleich stärker ab als jene seines Konkurrenten im gleichen Markt, und dies, obwohl sein Jahres-Abo 200 Franken weniger kostet als ein Abo der *NZZ*.

Es liegt also nicht am Markt. Es liegt an der Redaktion.

Das Problem der *Tages-Anzeiger*-Redaktion ist ihre chronische Unberechenbarkeit. In den letzten zwanzig Jahren irrlichterte das Blatt permanent herum. Mal war es links, dann grün, dann gab es wirtschaftsliberale Tendenzen, dann drehte man wieder nach links. Keine andere Tageszeitung war in den letzten zwanzig Jahren politisch derart orientierungslos.

Der Schlingerkurs schlug sich stets auch in der Besetzung der Chefredaktion nieder. De Weck, Girsberger, Löpfle, Hartmeier, Strehle, Rutishauser – immer folgte auf einen linken Chef ein bürgerlicher Kopf und umgekehrt. Es konnte so über die Jahre keine erkennbare Blattlinie entstehen.

Neuerdings setzt die Redaktion in Politik wie Wirtschaft auf einen aggressiven Stil, bei dem rabiat auf den Mann gespielt wird. Bestes



Chronische Unberechenbarkeit: Tagi-Redaktion.

Beispiel ist das Auslandsressort, wo die nüchterne Analyse durch eine Art weltumspannenden Schimpfwort-Journalismus ersetzt ist. Überall, im Weissen Haus, an der Downing Street, im Kreml, in der Türkei und in Osteuropa, sind unfähige, egomanische Idioten an der Macht.

Ich glaube nicht, dass Leser von Journalisten bloss billige Buhrufe erwarten. Tatsächlich hat der *Tages-Anzeiger* allein im letzten Halbjahr 80000 Leser verloren, so viele wie noch nie in einer Messperiode.

Paradoxerweise hat die Schwäche des Blatts nichts mit dem Personalbestand zu tun. Mit rund 300 festen Journalisten ist es die grösste Redaktion der Schweiz.

Die Redaktion ist eher zu gross als zu klein. Der Grund liegt darin, dass der Tamedia-Konzern die überregionalen Ressorts seiner Titel wie *Tages-Anzeiger*, *Berner Zeitung* und *Basler Zeitung* zusammenlegt. Dadurch entstehen journalistische Überkapazitäten in Politik, Wirtschaft und Sport. Die Tamedia-Spitze kommt darum nicht um künftige Entlassungen herum.

Aus Protest gegen mögliche Entlassungen boykottieren etliche Journalisten die Party zum 125-Jahr-Jubiläum der Zeitung. Das ist unsinnig. Man sollte beim *Tages-Anzeiger* feiern wie verrückt, solange es noch etwas zu feiern gibt.

Abgereist, eingereist

Von Henryk M. Broder — Solidarität ist eine Drehtür.

Deutscher Aussenpolitik wohnte schon früh ein Element von Erpressung inne. Zur Zeit der Hallstein-Doktrin zum Beispiel, also von Mitte der fünfziger bis zum Ende der sechziger Jahre, drohte die Bundesrepublik allen Ländern, die diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen wollten, mit «Gegenmassnahmen». Diese konnten von «wirtschaftlichen Sanktionen bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem betreffenden Staat» reichen (Wikipedia).



Nun hat die politisch inzwischen gereifte und territorial erweiterte Bundesrepublik wieder ein Problem, das sich auf dem Verwaltungsweg nicht lösen lässt. Abschiebungen nichtanerkannter Asylbewerber scheitern tausendfach daran, dass die Ausreisepflichtigen keine Papiere ihrer Heimatländer bekommen. Die Bundesrepublik ist wohl das einzige Land der Welt, in das man ohne Papiere «einreisen», aber ohne Papiere nicht abgeschoben werden kann. Das soll sich nun ändern. Am einfachsten wäre es, Menschen ohne Papiere nicht einreisen zu lassen, aber das würde erstens der staatlich angeordneten «Willkommenskultur» widersprechen und zweitens wäre es zu einfach. Gut Ding will nicht nur Weile haben, es muss auch umständlich sein. Deswegen werden jetzt Forderungen laut, «die Entwicklungshilfe an die Kooperation bei der Rückführung abgewiesener Asylbewerber zu koppeln», wie es auf Amtsdeutsch heisst. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann sagt, «unkooperatives Verhalten» dürfe «nicht mit Entwicklungshilfe begünstigt werden».

Der Fraktionschef der Union im Bundestag, Volker Kauder, wird noch deutlicher. «Länder, die von uns beachtlich mit Hilfgeldern unterstützt werden», müssten «bereit sein, auch ihre Verantwortung wahrzunehmen» und «Menschen, die aus ihrem Land abgereist sind und bei uns eingereist sind, ohne einen Bleibegrund zu haben, wieder zurückzunehmen», denn: «Solidarität ist keine Einbahnstrasse.» Das stimmt. Solidarität ist eine Drehtür, durch die die einen hinein- und die anderen hinausbefördert werden. Sie einzurichten und zu überwachen, kostet viel Geld, schafft aber auch viele Arbeitsplätze. Und was den fehlenden «Bleibegrund» angeht, so gibt es mehr als einen. Der wichtigste heisst «Asylbewerberleistungsgesetz» und garantiert jedem Flüchtling eine Versorgung nach den Regeln des deutschen Sozialstaates.